



Bundestags- brief

Nr.257 • Die Woche im Bundestag • 29.11.2019



**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Bundshaushalt 2020: Fast 2 Milliarden Euro für Kultur und Medien

Mit der Verabschiedung des Bundshaushalts 2020 hat der Deutsche Bundestag auch festgelegt, welche Mittel der Bund im kommenden Jahr für Kunst, Kultur und Medien bereitstellen wird.

Ich freue mich sehr, dass die Haushälter des Deutschen Bundestages nicht nur die Steigerung aus dem Regierungsentwurf in Höhe von 58 Millionen Euro mitgetragen haben, sondern ihrerseits auch noch weitere Mittel bereitstellen

Zu den wichtigsten Maßnahmen gehört der Bau des Museums für die Kunst des 20. Jahrhunderts, den der Bundestag bereits 2014 beschlossen hatte. Dieses Museum wird sowohl mit seiner Kunst als auch mit seiner hochkarätigen Architektur weit in die Welt hinausstrahlen. Dafür stehen in den kommenden Jahren 364 Millionen Euro zur Verfügung stehen werden und der Spatenstich wird bereits in der kommenden Woche, am 03. Dezember 2019, erfolgen.

Darüber hinaus stärken wir in Zeiten zunehmender Desinformationskampagnen die Deutsche Welle als unverzichtbaren Akteur der Presse- und Meinungsfreiheit. Mit einer Erhöhung um 15 Millionen Euro auf 365 Millionen Euro führen wir die Deutsche Welle an das Niveau vergleichbarer europäischer Auslandssender heran und stellen sicher, dass sie ihrem wichtigen kultur- und bildungspolitischen Auftrag nachkommen kann.

Einen bedeutenden Beitrag zur politischen Bildung leistet darüber hinaus das neue bundesweite BKM-Programm „Jugend erinnert“ zur Stärkung der Erinnerung an die Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft, das nach seiner Anlaufphase auf 5 Millionen Euro aufgestockt wird.

Auch das Deutsche Historische Museum als Ort lebendiger Vermittlung und Diskussion unserer Geschichte erhält 5,2 Millionen Euro mehr als im Vorjahr – so kann es ab 2020 seine Besucher ohne Eintritt in die Dauerausstellung einladen.

Die Stärkung kultureller Einrichtungen auch abseits der Metropolen ist ein weiterer Schwerpunkt des Haushaltes 2020. So stehen im kommenden Jahr für ein von den Ländern kofinanziertes „Zukunftsprogramm Kino“ zur Stärkung und Erhaltung des Kulturorts Kino auf Seiten des Bundes zusätzliche 15 Millionen Euro zur Verfügung, damit anspruchsvolle Kinofilme weiterhin auch in der Fläche zu sehen sind. Des Weiteren wird das erfolgreiche Programm für Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland in diesem Jahr auf Gesamtdeutschland ausgedehnt und auf 20 Millionen Euro verfüncft.

Mit diesem Haushalt setzen die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen ein wichtiges Zeichen für den unverzichtbaren Wert der Kultur, die alles andere als ein Luxus, den man sich in guten Zeiten leistet. Kultur ist vielmehr elementar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. Angesichts der derzeitigen konjunkturbedingten Herausforderungen ist das alles andere als selbstverständlich. Aber zum Glück ist die Kultur in Deutschland mittlerweile zu einem Modus unseres Zusammenlebens geworden. Mein herzlicher Dank gilt meinen Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag und im Bundeskabinett. Ohne ihre Unterstützung wäre dieser Erfolg, wäre dieses unmissverständliche Bekenntnis zur Kulturnation Deutschland nicht möglich gewesen. Ich freue mich sehr über dieses starke Signal und hoffe, dass es uns im kommenden Jahr gemeinsam gelingen wird, diese positive Entwicklung des Haushalts weiter fortzusetzen.

Haushalt 2020 setzt klare Prioritäten

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag den Bundeshaushalt 2020. Schwerpunkte sind innere und äußere Sicherheit, Klimaschutz, Bildung und Forschung, sozialer Zusammenhalt und nicht zuletzt Kultur und Medien.

Insgesamt sollen sich die Ausgaben des Bundes im Jahr 2020 auf 362 Milliarden Euro belaufen. Die Investitionen erreichen in diesem Jahr erneut Rekordniveau: mit knapp 43 Milliarden Euro stärken wir das Wachstum in unserem Land und wir stellen wichtige Weichen, um unser Land fit für die Zukunft zu machen.

Wir wissen, dass wir heute Rahmenbedingungen schaffen müssen, damit unser Land auch im nächsten Jahrzehnt gut da steht. Für uns gilt: Eine gute Wirtschaftspolitik ist zugleich auch die beste Sozialpolitik. Nur wer erfolgreich wirtschaftet, kann Schwächere unterstützen. Diesem Grundsatz fühlen wir uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion verpflichtet.

Bereits seit 2014 kommt der Bundeshaushalt ohne neue Schulden aus; das bleibt auch mit dem Bundeshaushalt 2020 so. Finanzielle Solidität und Berechenbarkeit sind und bleiben Markenzeichen der Union.

Parteitag mit klarer Botschaft

Auf dem Parteitag der CDU am vergangenen Wochenende in Leipzig hat sich die Union handlungsfähig und geschlossen gezeigt. Wir haben klargestellt, dass wir uns nicht in eine Personaldiskussion hineintreiben lassen.

In der Koalition, und vor allem auch in der Fraktion, haben wir in den letzten Monaten sehr viel umgesetzt. Es ist nun an der Zeit, auf die Ergebnisse unserer Arbeit aufzubauen. Wir müssen uns noch stärker auf die Sacharbeit konzentrieren. Damit werden wir unserem Anspruch gerecht, Antworten auf die Zukunftsfragen zu finden: Digitalisierung, Wertschöpfung und Wirtschaften in der Welt von morgen, Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur, aber auch die Bewahrung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft verdienen und benötigen unsere volle Aufmerksamkeit.

Für die Union gilt: zuerst das Land, dann die Partei, dann die Personen.

Aus der Geschichte: Bundeskanzler Kohl legt Zehn-Punkte-Programm hervor

Am 28. November 1989 stellte Bundeskanzler Helmut Kohl im Bundestag sein "Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas" vor.

Er betonte, dass die Deutschen, die jetzt im Geist der Freiheit wieder zusammenfänden, niemals eine Bedrohung sein würden. Vielmehr werde Deutschland ein Gewinn für das immer weiter zusammenwachsende Europa sein. Ganz am Schluss seiner Rede bekannte der Kanzler, die Wiedervereinigung Deutschlands sei das politische Ziel seiner Regierung.

Obwohl Kohl in keinem Punkt über bereits Bekanntes und über wiederholt geäußerte Standpunkte der Bundesregierung und der Union hinausging, rief sein Programm ein gewaltiges Echo hervor, auch im Ausland.

Kohl hatte damit gebrochen, regierungsoffiziell nur zurückhaltend über das Ziel Wiederherstellung der deutschen Einheit zu sprechen. Das Thema stand nun eindeutig auf der aktuellen politischen Tagesordnung.

Der Bundeskanzler hatte so die Meinungsführerschaft in der deutschen Frage übernommen - nicht zuletzt, weil er wie wohl kein anderer die Stimmung in der DDR-Bevölkerung erfasst hatte.

Einen Tag nach der Initiative des Kanzlers verkündeten die USA ihre grundsätzliche Unterstützung des deutschen Einigungsprozesses.

(Quelle: KAS; Bundesregierung.de)

Ausländische Studenten zieht es in den Nordosten

Der höchste Anteil an Studenten, die aus dem Ausland nach Deutschland kommen, um zu studieren, ist in Berlin und Sachsen am höchsten. In der Bundeshauptstadt ist der Anteil mit 13 Prozent aller Studenten am höchsten, wobei Sachsen mit 12 Prozent unmittelbar anschließt.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)